

## ■ Kampf gegen Faschismus und Rassismus

In Hessen müssen die Probleme endlich beim Namen genannt und angegangen werden. Wir brauchen ein eigenes Landesprogramm gegen Rassismus, der zum Teil tief in den Köpfen und Amtsstuben verankert ist. Politisch gewollte Kriminalisierung der Antifa-Initiativen und Beratungsstellen, beispielsweise durch die Extremismusklausel der CDU-Bundesministerin Schröder, muss beendet werden. Wir wollen der Perspektivlosigkeit von „Abgehängten“ begegnen, damit sie nicht für Neonazis und Fundamentalisten ansprechbar werden. Und wir müssen endlich mehr zur Integration von Menschen mit ausländischen Wurzeln beitragen, um gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden.

- die Aufnahme des Themas gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den Lehrplan hessischer Schulen; in diesem Zusammenhang auch: Sensibilisierung der Schüler\_innen für Fluchtursachen.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung und konsequente Bekämpfung aller Formen von Rassismus in unserer Gesellschaft ist für DIE LINKE selbstverständlich.

## ■ Landesgeheimdienst abschaffen

Unter dem Namen „Verfassungsschutz“ treibt der hessische Landesgeheimdienst sein Unwesen. Bei der Bekämpfung der neofaschistischen Terrorgruppe NSU, die zehn Morde beging, blieb der „Verfassungsschutz“ nicht nur tatenlos, sondern behinderte sogar die Ermittlungen. Dafür beobachtet er die demokratische politische Opposition und gibt alljährlich Berichte heraus, in denen der Kern unserer Verfassung entstellt und unliebsame Auffassungen der Opposition, die auch im Landtag vertreten ist, als verfassungsfeindlich denunziert und diffamiert werden. Der Geheimdienst ist weder parlamentarisch noch öffentlich kontrollierbar, weil er selbst darüber entscheidet, welche Informationen dem parlamentarischen Kontrollorgan übermittelt werden. Überdies sind die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission selbst der Geheimhaltung unterworfen, so dass aus der Kontrolle und gegebenenfalls erlangten Informationen keine weiteren Handlungsmaßnahmen beispielsweise durch das Parlament eingeleitet werden können.

DIE LINKE will deshalb den Geheimdienst abschaffen. An dessen Stelle soll eine Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie ohne nachrichtendienstliche Befugnisse errichtet werden. Schwerpunktmäßige Aufgabe soll die Dokumentation und öffentliche Aufklärung über neonazistische und andere gegen die Grundsätze der Verfassung gerichteten Aktivitäten in Hessen sein.

## ■ Bürgerrechte schützen und ausbauen

Im Mittelpunkt der Debatte um die „Innere Sicherheit“ steht auch in Hessen die Gefährdung durch den „Terrorismus“. Persönliche Freiheitsrechte, die den einzelnen Bürger vor staatlichen Übergriffen schützen, sollen unter dem völlig unbestimmten Begriff der „Gefahrenabwehr“ massiv eingeschränkt werden. Schleierfahndung, Internetüberwachung mit „Staatstrojanern“, Vorratsdatenspeicherung, verdachtsunabhängige Kontrollen, Erfassung von Kfz-Kennzeichen sind die Stichworte.

DIE LINKE lehnt alle Versuche entschieden ab, unter dem Vorwand, die Sicherheit der Bevölkerung zu schützen, Freiheiten zu beschneiden.

Das Land Hessen investiert hohe Summen in neue Gerichtsgebäude, gleichzeitig werden Richterstellen abgebaut. Gerichtsstandorte wurden geschlossen und den rechtssuchenden Bürger\_innen weite Wege zugemutet. Vor allem die Arbeits- und Sozialrichter\_innen sind aufgrund des desolaten Zustandes auf dem Arbeitsmarkt und der Hartz IV-Gesetze einer kaum zu bewältigenden Prozessflut ausgesetzt.

Für eine demokratische Gesellschaft ist der uneingeschränkte Zugang zu Informationen unabdingbar. Eine transparente Verwaltung ist Voraussetzung für die effektive Wahrnehmung demokratischer Bürgerrechte. Nur dann können Bürger\_innen an staatlichen Entscheidungsprozessen teilhaben und diese mit gestalten.

In Hessen macht der neoliberale Privatisierungswahn nicht einmal vor den Strafanstalten halt. Eine Teilprivatisierung von Gefängnissen wie beispielsweise in Hünfeld, lehnen wir ab. Strafverfolgung und Strafvollzug müssen Aufgabe des Staates bleiben.

### *DIE LINKE will:*

- mehr Richter- und Richterinnenstellen an den hessischen Arbeits- und Sozialgerichten;
- Kostenfreiheit des Widerspruchsverfahrens und des Anhörungsverfahrens bei Anfechtungen von Bescheiden der öffentlichen Verwaltung nach der alten Regelung;
- gesetzlich geregelten freien Zugang von Bürger\_innen zu Informationen öffentlicher Stellen;
- Rücknahme und Stopp aller Privatisierungen im hessischen Strafvollzug;
- konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels im hessischen Strafvollzug;
- eindeutige Einhaltung des grundsätzlichen Folterverbots.

## ■ **Datenschutz und Netzpolitik**

Durch neue Medien und verstärkte Nutzung des Internets ergeben sich neue Chancen auf freie, unzensurierte Information und Diskussion, aber auch ernste Gefahren für die Freiheit des Einzelnen. Die neue Technik ermöglicht Konzernen und Geheimdiensten, aber auch Behörden oder Arbeitgebern, die totale Überwachung und die Schaffung des gläsernen Bürgers.

Umso wichtiger wird der Schutz der Privatsphäre. Auch das Bundesverfassungsgericht hat diese Notwendigkeit in seinem Volkszählungsurteil von 1983 anerkannt und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung formuliert.

Bundes- und Landesregierung ignorieren jedoch dieses Urteil zunehmend. Sie tun nichts für eine Stärkung der Kontrolle der Bürger\_innen über die Speicherung und Nutzung ihrer persönlichen Daten. Im Gegenteil betreiben sie unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung die totale Überwachung von Telefon, Internet und E-Mail. Teilweise offen fordern Politiker\_innen die Abschaffung von im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechten. Außerdem droht aus europäischer Gesetzgebung eine Aufweichung des Datenschutzes.

Demgegenüber hat DIE LINKE auch in der Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte erkannt, dass die freie Entwicklung jedes und jeder Einzelnen die Voraussetzung für die Freiheit Aller ist. Einschränkungen von Freiheitsrechten, Privatsphäre oder von Datenschutz schaffen nicht mehr Sicherheit, sondern sind längst eine viel größere Bedrohung für die Demokratie als Terrorismus und Kriminalität. Wir verteidigen aktiv die durch Grundgesetz und Volkszählungsurteil garantierte Selbstbestimmung der und des Einzelnen.

### ***DIE LINKE will:***

- Rechtsmittel gegen die EU-Richtlinien zur Vorratsdatenspeicherung; Gesetzesinitiativen im Bundesrat gegen den Überwachungsstaat;
- Anwendung des Briefgeheimnisses auf elektronische Kommunikation: Die Sammlung von persönlichen Kommunikationsdaten jeder Art durch Polizei und Behörden ist grundsätzlich nur in Einzelfällen aufgrund eines richterlichen Beschlusses zulässig;
- Einführung eines Anspruches aller Bürger auf kostenlose Auskunft und Korrektur und gegebenenfalls Löschung von Daten gegenüber den Betreibern zentraler Datenbanken;
- Stärkung und erleichterte Durchführung des Auskunftsrechts gegenüber Behörden und staatlichen Organen;
- Förderung von Anonymisierungsdiensten im Internet; Aufhebung der Anonymisierung nur nach richterlicher Anordnung;
- mit Steuergeldern erstellte Daten und Medien müssen grundsätzlich allen Bürger\_innen kostenlos zur nichtkommerziellen Nutzung zur Verfügung stehen;
- Stärkung der Rechte von Datenschutzbeauftragten und ihrer Unabhängigkeit gegenüber Weisungen;
- Schluss mit der Kriminalisierung von File-Sharing-Netzwerken und Tauschbörsen; Stärkung des freien Informationsaustausches und des Rechts auf Privatkopie; gleichzeitig besserer Schutz von Autoren\_innen, Künstler\_innen und Programmierer\_innen gegen Niedriglöhne und kommerzielle Ausbeutung durch Medienkonzerne und Auftraggeber;
- Schutz der freien Meinungsäußerung im Internet gegen ausufernde Abmahnungen und Unterlassungsklagen durch finanzstarke Konzerne und Interessenverbände.

## **Wirtschaft, die den Menschen dient – Öffentlichen Sektor stärken**

Der Anteil des öffentlichen Sektors an der Wirtschaft in Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten dramatisch gesunken. Kürzungspolitik, Stellenabbau, zunehmendes Outsourcing und Privatisierungen sind die Ursachen dafür. Erfahrungen mit Privatisierungen zeigen allerorts, dass sich die Versprechen nicht erfüllen, Dienstleistungen würden besser und billiger. Im Gegenteil, Privatisierungen führen zu Personalabbau, Ausdünnung des Angebots und meist auch zu höheren Preisen. Die Landesregierung fährt einen Konfrontationskurs gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Für die Beschäftigten in der Hessischen Landesverwaltung bedeutet die Privatisierungspolitik der Landesregierung den permanenten Abbau von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten sowie die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Ein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen ist mit Hinweis auf die Schuldenbremse vorgesehen.

DIE LINKE will stattdessen einen sinnvollen Ausbau eines demokratisch strukturierten öffentlichen Sektors. Sozial-, Gesundheits-, Umwelt- und Versorgungsangebote sowie die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit müssen ausgebaut werden. Den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger muss qualifiziert und in angemessener Zeit Rechnung getragen werden.